

Senat beschließt Studiengebühren

Der Senat der Ruhr-Universität Bochum hat am Nachmittag die Einführung von Studiengebühren zum Sommersemester 2007 beschlossen. Zu der Entscheidung erklärt Anna-Lena Orłowski, Sprecherin der Linkspartei.PDS in Bochum:

„Die Einführung von Studiengebühren ist in jeder Weise unsozial und nimmt vielen jungen Menschen die Chance auf ein Hochschulstudium. Gerade an einer Uni wie in Bochum, die gegründet wurde, um Menschen aus sozial schwächeren Verhältnissen eine gute Bildung zu ermöglichen, ist diese Entscheidung falsch! In welcher Weise diese dann auch noch umgesetzt wird, ist ein Desaster!“ Laut der verabschiedeten Gebührensatzung müssen auch ausländische Studierenden sowie Empfängerinnen und Empfänger von Bafög Studiengebühren in der vollen Höhe zahlen. „Dass nicht einmal diese besonders belasteten Gruppen ausgenommen wurden, zeigt doch, dass es keinen Willen gab, soweit wie möglich sozial gerecht zu gestalten! Das wird auch daran deutlich, dass der von der Landesregierung festgelegte Höchstsatz von 500 € voll ausgeschöpft wurde.“

Außerdem kritisiert Orłowski das Verhalten des Rektors gegenüber den Studierenden. „Von dem Rektor einer Universität sollte man doch ein anderes Demokratieverständnis erwarten können! Eine Sitzung, die grundsätzlich erst einmal öffentlich ist, von vornherein in einem nicht zugänglichen Gebäude stattfinden zulassen und so den Menschen, die an der Sitzung hätten teilnehmen wollen, ihr Recht darauf zu nehmen, ist ungeheuerlich.“ Zudem sei das Vorgehen der anwesenden Polizei völlig unverhältnismäßig gewesen, so Orłowski weiter.

„Nicht genug, dass die Studierenden von der Sitzung ausgesperrt wurden, noch dazu wurde ihnen durch das massive Eingreifen der Polizei auch noch ihr Recht genommen, ihre Meinung kundzutun und ihren Protest gegen Gebühren und für Bildung für Alle friedlich zu artikulieren.“ Die anwesende Polizei habe nicht in geringster Weise versucht, deeskalierend zu wirken. Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Linksfraction im Bundestag, die auch anwesend war, wurde dabei tätlich angegangen. „Sie prüft, gegen den zuständigen Polizisten eine Dienstaufsichtsbeschwerde einzureichen,“ erklärt Orłowski. „Wir stehen voll und ganz

hinter unserer Abgeordneten. Das unverhältnismäßige Verhalten des Polizisten steht leider stellvertretend für eine Reihe überflüssiger Zwischenfälle.“

Insgesamt sei das ein schwarzer Tag für die Ruhr-Universität gewesen. „Werte wie Demokratie, Mitbestimmung, das Recht auf freie Meinungsäußerung und gleiche Chancen für alle Menschen wurden heute mit Füßen getreten. Es zeigt sich, dass der Mehrheit der Mitglieder des Senats, allen voran dem Rektor, all diese Dinge nichts wert sind, sobald es um die eigenen Interessen geht.“